Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Söder,
sehr geehrter Herr Staatsminister Herrmann,
sehr geehrter Herr Staatsminister Aiwanger,
sehr geehrte Damen und Herren der Staatsregierung,

In der Nacht des 23. auf den 24. Februar 2022 startete die Russische Föderation einen Angriffskrieg auf die Ukraine. Diesem gingen jahrelange russische Provokationen, kriegerische Auseinandersetzungen im Osten der Ukraine, die völkerrechtswidrige Annexion der Halbinsel Krim durch die Russische Föderation und mehr als 14.000 Tote seit 2014 voraus.

In den letzten Tagen wurde sehr deutlich, dass dieser Krieg der Krieg Putins und nicht der russischen Bevölkerung ist. Überall in Russland gehen mutige Menschen auf die Straßen und demonstrieren unter größten Repressionen gegen den Krieg.

Aktuell sollte der Fokus aber auf den Menschen in der Ukraine liegen, da diese von diesem unnötigen und völkerrechtswidrigen Krieg am meisten betroffen sind und unvorstellbares Leid ertragen müssen. Frauen und Kinder fliehen, Männer melden sich freiwillig oder werden zwangsweise zur Verteidigung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit eingezogen. Die herzzerreißenden Szenen an den ukrainischen Außengrenzen bestürzen uns zutiefst.

Zeitgleich werden auf allen Ebenen tiefgreifende Sanktionen gegen die Russische Föderation und russische, Putin nahestehende Einzelpersonen erlassen. Da die Bundesrepublik Deutschland über die Hälfte ihrer fossilen Energieträger, wie beispielsweise Öl und Gas, aus der Russischen Föderation bezieht, wird mit den Sanktionen und den damit einhergehenden Auswirkungen auf uns deutlich, wie abhängig wir von fossilen Energien sind. Nicht umsonst haben die Ministerinnen und Minister der Bundesregierung davon gesprochen, dass wir unsere energetische Unabhängigkeit nur durch einen rasanten Ausbau der Erneuerbaren Energien erreichen werden.

In Anbetracht dieser Schilderungen fordern wir von Ihnen:

1. Die sofortige finanzielle und organisatorische Unterstützung für bayerische Kommunen bei der Aufnahme von Menschen aus der Ukraine.

Wir fordern die Staatsregierung dazu auf, ausreichende finanzielle Mittel zur Aufnahme und Versorgung Geflüchteter sowie der Sanierung geeigneter Unterkünfte bereitzustellen. Besondere Aufmerksamkeit brauchen in diesen Tagen Flüchtende, die sich beispielsweise aus afrikanischen oder asiatischen Ländern in der Ukraine aufgrund von Studium oder Arbeit aufhalten und von der Flucht in die Europäische Union abgehalten werden. Hier fordern wir von der Staatsregierung dazu auf, sich in ihrem Kompetenzbereich bei allen zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass diese Menschen ohne Visum und Wartezeit in die Europäische Union einreisen und in Bayern einen sicheren Hafen finden können.

2. Den baldmöglichsten, massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien in Bayern, darunter besonders die Windkraft.

Wie bereits angemerkt, bedeutet der Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Bundesrepublik Deutschland und eben auch im Freistaat Bayern die Unabhängigkeit und Freiheit von fossilen Energien wie Öl und Gas. Da diese vor allem aus autoritären Staaten, wie beispielsweise der Russischen Föderation, importiert werden, ist dies ein wichtiger Schritt für unsere Versorgungssicherheit, gerade zu Kriegszeiten. Dabei ist selbstverständlich, dass der Ausstieg aus Kohle und Atom nicht verhandelbar ist und zum frühestmöglichen Zeitpunkt umgesetzt werden muss. Kohle- und Atomstrom sind weder nachhaltige und klimafreundliche noch sichere Alternativen zu den Erneuerbaren Energien. Zudem muss auch in anderen Bereichen die Energiewende aktiv vorangetrieben werden. Darunter fallen beispielsweise die staatliche Förderung für energieeffizientes Bauen, klimaoptimierte Gebäudedämmung oder der Austausch fossiler Heizungssysteme hin zu Wärmepumpen. Ein Umstieg auf 100% Erneuerbare Energien und die damit einhergehenden weiteren Maßnahmen zur Förderung der Energiewende bedeuten nicht nur Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit von fossilen Energien: Gerade Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, Hartz IV Empfangende und Rentner:innen werden vom aktuell rapiden Anstieg der Energiepreise überproportional hart getroffen. Wir fordern Sie dazu auf, sich auf Bundesebene für eine sofortige Anpassung des Hartz IV Regelsatzes einzusetzen und den Kommunen finanzielle Mittel zur Hilfe von Bedürftigen bereitzustellen. Langfristig gesehen profitiert diese Personengruppe von niedrigeren Energiepreisen durch einen Umstieg auf Erneuerbare Energien. Der soziale Ausgleich im Energiebereich kann hier konkret umgesetzt werden. Insgesamt muss bei der Energiewende darauf geachtet werden, dass im Rahmen der Transformation Arbeitsplätze erhalten bleiben und diese nicht zum Nachteil sozial benachteiligter Menschen stattfindet.

Wir bitten Sie inständig, unsere Forderungen zeitnah umzusetzen, um zum einen den Menschen in der Ukraine umfassend zu helfen und zum anderen unsere energetische Unabhängigkeit von der Russischen Föderation zu schaffen.

Sorge bereitet uns zur Zeit auch die unterschiedlichen Reaktion auf ankommende Flüchtende aus der Ukraine im Vergleich zu flüchtenden Menschen aus anderen Regionen der Welt. Wir kritisieren scharf, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird und eine Ungleichbehandlung stattfindet. Wir fordern die Staatsregierung dazu auf, bei Geflüchteten keine Unterscheidung nach Herkunft, Nationalität, Hautfarbe, Geschlecht, Sexualität oder Religion zu machen und allen ein würdevolles Leben in Bayern ohne Sammelunterkunft, AnKER-Zentrum oder Arbeitsverbot zu ermöglichen. Besonders erwarten wir, dass die Staatsregierung sich mit allen Kräften dafür einsetzt, dass die zeitnah in Bayern ankommenden afghanischen Ortskräfte mit derselben Energie und Herzlichkeit aufgenommen werden wie die flüchtenden Menschen aus der Ukraine.

Über diesen Weg hoffen wir auf einen konstruktiven Dialog. Wir fordern Sie zum schnellen Handeln auf und bitten um Stellungnahme zur aktuellen Situation der Aufnahme flüchtender Menschen aus der Ukraine und dem Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Mit freundlichen Grüßen,

LENA KREBS
Landessprecherin GRÜNE JUGEND Bayern

EMILIA KIRNER
Landesvorstandsmitglied jung.ökologisch. Bayern

MAXIMILIAN RETZER
Landessprecher GRÜNE JUGEND Bayern

SARAH LEHNER
Landesvorsitzende Bund der Deutschen Katholischen Jugend Bayern

ANNA TANZER
Landesvorsitzende Jusos Bayern

LUCA SCHUMANN
Mitglied im Landessprecher_innenrat linksjugend [´solid] Bayern

XENIA DABERTO
Mitglied im Landessprecher_innenrat linksjugend [´solid] Bayern